

Montag, 08:00
Blick zurück

Der Bundesrat und die roten Mandarine

Schweiz Montag, 08:00



Mit Aussenminister Tschou En-lai gastiert 1954 erstmals ein hoher Vertreter der Volksrepublik China in Bern. Rechts Bundesrat Petitpierre. (Bild: Schweizerisches Filmarchiv / Dodis)

Im Januar 1950 gehört die Schweiz zur Vorhut der Staaten, die sich mit der Volksrepublik China einlassen. Davon zehrt sie noch heute, etwa jüngst beim Freihandelsabkommen.

Marcel Amrein

Die Weihnachts- und Neujahrstage 1949/50 lassen sich in den Hauptstädten des Westens nur beschränkt geniessen. Soeben ist China, das bevölkerungsreichste Land der Welt, in die Hände der Kommunisten gefallen. Nach einem langen und blutigen Bürgerkrieg hat Mao Zedong am 1. Oktober die Volksrepublik ausgerufen. Die alte nationalchinesische Regierung flieht im Dezember auf die Insel Taiwan.

Die Weltrevolution scheint einen grossen Schritt herangerückt zu sein. Wie soll man nun mit dem bedrohlichen Regime in Peking kutschieren? Soll man es anerkennen? Wann? Es ist just die aussenpolitisch zaghafte Eidgenossenschaft, die in diesen Fragen einen der Pioniere abgeben wird.

Sowjetisches Trauma

In Bern sitzt der Rechtsprofessor Max Petitpierre an den Schalthebeln der Diplomatie. Der Bundesrat aus Neuenburg hat sich zum Ziel gesetzt, die in Misskredit geratene Neutralität in die Nachkriegszeit hinüberzuretten. Ein zentraler Pfeiler ist für ihn die Universalität: Die Schweiz soll mit allen Mächten Kontakte pflegen, also auch mit dem jetzt roten China. Die Anerkennung ist deshalb einzig eine Frage des Zeitpunkts – nicht unter den Ersten und nicht unter den Letzten sein, lautet die Losung, denn alles andere könnte als Parteinahme ausgelegt werden.

Bereits in der Bundesratssitzung vom 7. Oktober hat sich Petitpierre von seinen Kollegen die Ermächtigung geben lassen, die neue Regierung anzuerkennen, sobald 20 bis 30 Staaten dies getan hätten – bei Dringlichkeit auch ohne formellen Antrag und Regierungsbeschluss. Anfang Jahr gilt es dann Ernst: Grossbritannien soll eine Anerkennungswelle zahlreicher Staaten eingefädelt haben, wie es heisst. Doch irgendwo klemmt es. Die Welle plätschert nur ein bisschen. Petitpierres Fahrplan gerät durcheinander.

Ein Telegramm an den Grossen Vorsitzenden

maa. Am 17. Januar 1950 beschloss der Bundesrat ungewohnt früh, die noch junge Volksrepublik China anzuerkennen. Sehen Sie hier das [Telegramm an Mao Zedong](#), mit dem der Bundespräsident und Aussenminister Max Petitpierre den Entscheid der chinesischen Führung mitteilte.

Das Faksimile des Telegramms stammt aus der Edition «Diplomatische Dokumente der Schweiz» (DDS, www.dodis.ch). Die DDS hat zur Anerkennung des kommunistischen Chinas ein «[e-Dossier](#)» erstellt, in welchem sich weitere Dokumente zum Thema finden.

Die NZZ vermeldete in ihrer Abendausgabe vom [17. Januar](#) den Bundesratsentscheid und am [12. Februar](#) die positive Antwort der chinesischen Seite. Am Samstag, 28. Januar, publizierte sie auf der Frontseite der Morgenausgabe einen ausführlichen [Leitartikel](#) ihres Korrespondenten Walter Bosshard über die Lage im neuen China. Im Volk herrsche Enttäuschung, schrieb Bosshard, da die kommunistische Führung statt Brot nur Propaganda und Arbeitszeitverlängerungen zu bieten habe. Dennoch sitze das Regime fest im Sattel.

Das Archiv der NZZ ist unter www.nzz.ch/archiv neu digital zugänglich. Die Recherche ab 1780 basiert auf einer Volltextsuche. Das Archiv besteht aus PDF-Seiten, Artikel können sich dabei über mehreren Seiten erstrecken. Das Angebot ist für Abonnentinnen und Abonnenten gratis.

Die Nervosität steigt, und schliesslich springt die Landesregierung über ihren Schatten: Am 17. Januar 1950 beschliesst sie die Anerkennung der chinesischen Führung. Noch am selben Tag schickt Petitpierre ein salbungsvolles Telegramm an Mao. Der Bundesrat wünsche, schreibt der Aussenminister und amtierende Bundespräsident, dass die ausgezeichneten Beziehungen, die stets zwischen China und der Schweiz geherrscht hätten, in Zukunft fortbestünden. Unter den westlichen Staaten haben sich zuvor einzig Grossbritannien und die skandinavischen Länder auf die Volksrepublik eingelassen. Teile der Öffentlichkeit zeigen sich zwar irritiert über das Vorpreschen des Bundesrats. Doch dieser meint es ernst: Am 20. Januar muss die nationalchinesische Vertretung in Bern dichtmachen.

Warum hat sich die Landesregierung nicht etwas länger geduldet? Zum einen erhofft sie sich wirtschaftliche Vorteile, da in China die Konkurrenz der Amerikaner ausfällt – diese sollten sich einer Anerkennung noch bis 1979 verweigern. Zum anderen sorgt sie sich um Schweizer Missionare, die in China festgesetzt sind und die sie freizubekommen hofft. Besonders schwer lasten auf ihr aber die traumatischen Erfahrungen mit der Sowjetunion: 1918 hatte die Schweiz den Gesandten Lenins aus dem Land geworfen und die Beziehungen abgebrochen. Als dann die Sowjetunion im Weltkrieg zur Supermacht erstarkte, musste der Bundesrat erst regelrecht zu Kreuze kriechen, um mit ihr wieder verkehren zu dürfen. Eine solche Schmach will er mit der zweiten kommunistischen Macht um jeden Preis vermeiden.

Schrittmacher Schweiz

Die Volksrepublik werde gegenüber den ersten anerkennenden Staaten zu grösserem Wohlwollen neigen, heisst es im Schlussbericht des letzten Schweizer Geschäftsträgers in Nationalchina. Tatsächlich ist die Schweiz in den folgenden Jahrzehnten in Peking erstaunlich wohlgeglitten: Im Kalten Krieg hat sie dank ihren guten Diensten eine spezielle Stellung inne. 1980 darf der Luzerner Liftbauer Schindler als erstes westliches Industrieunternehmen ein Joint Venture mit einem chinesischen Staatsbetrieb eingehen. 2013 schliesslich unterzeichnet Bundesrat Schneider-Amman das Freihandelsabkommen mit China – wieder wird auf den kühnen Akt von 1950 und den daher rührenden Goodwill verwiesen.

In der Tat ist die Schweiz nach Island erst das zweite europäische Land, das China ein derartiges Abkommen abtrotzt. In den Beziehungen zum Reich der Mitte gibt sich die Eidgenossenschaft bis heute avantgardistisch.